

IZ-1

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 10: Integration schafft Zusammenhalt

INTEGRATION SCHAFFT ZUSAMMENHALT

1 In Baden-Württemberg hat Zuwanderung eine lange Tradition. Insgesamt leben heute fast
2 drei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg. Das Miteinan-
3 der von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist gelebte Realität und hat unser Land wirt-
4 schaftlich stärker und kulturell reicher gemacht. Seit der Gründung Baden-Württembergs
5 haben Einwander*innen einen wichtigen und unverzichtbaren Anteil am Erfolg des Landes
6 gehabt – vom Bau der Schwarzwaldbahn bis zum Aufblühen der Automobilindustrie.

7 Das deutsche Wirtschaftswunder und insbesondere der Wirtschaftsstandort Baden-
8 Württemberg sind eng verknüpft mit der Leistung und dem Engagement der Menschen,
9 die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. In den vergangenen Jahren kamen in-
10 folge der weltweiten Migrations- und Fluchtbewegungen viele weitere Menschen nach
11 Deutschland und nach Baden-Württemberg, die meisten von ihnen, um hier Schutz vor
12 Krieg, Gewalt und Verfolgung zu finden. Wir wollen, dass unser Land für alle, die bei uns
13 bleiben, neue Heimat wird. Denn Heimat wird nicht weniger, wenn man sie teilt. Inte-
14 gration ist deshalb eines der wichtigsten politischen Handlungsfelder der kommenden
15 Jahre und bedeutet Chance und Herausforderung zugleich. Wir können dabei an eine er-
16 folgreiche Integrationstradition anknüpfen und wollen die große Aufgabe der Integration
17 mit Optimismus und Zuversicht anpacken. Das langjährige Abstreiten, dass Deutschland
18 ein Einwanderungsland ist, hat soziale und ökonomische Kosten verursacht, die wir noch
19 heute spüren. Integration muss man umsetzen, nicht aussitzen.

20

21 Zusammenhalt durch Integration

22 Integration stellt insbesondere Anforderungen an diejenigen, die zu uns kommen, aber
23 auch an alle, die schon länger hier leben. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der
24 von allen Beteiligten die Bereitschaft, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben, abver-
25 langt. Für die, die zu uns kommen, sind die Voraussetzungen gelingender Integration der
26 Erwerb der deutschen Sprache, der Zugang zu guter Bildung, zum Arbeitsmarkt sowie die

27 Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben auf der Grundlage unserer demokra-
28 tischen Werteordnung. Für die, die schon länger hier leben, bedeutet gelingende Integra-
29 tion die Chance auf kulturelle Bereicherung und wirtschaftliche Stärkung. Dies erfordert
30 von allen Beteiligten die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit anderen Perspektiven
31 und Sichtweisen auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

32 Bei diesem Verständigungsprozess kommt einer klaren, aber menschenfreundlichen Spra-
33 che besondere Bedeutung zu. Grünes Ziel ist es, allen Menschen, die in Deutschland leben,
34 die Chance auf ein gutes Leben in Freiheit zu ermöglichen und den Lebenserfolg von der
35 sozialen oder ethnischen Herkunft zu entkoppeln. Wir treten für eine vielfältige und offene
36 Gesellschaft ein, die faire Chancen und gleiche Rechte für alle Menschen garantiert und
37 den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahrt und stärkt.

38

39 **Vielfalt und Zusammenhalt**

40 Grüne Integrationspolitik richtet sich an die ganze Gesellschaft, nicht nur an einzelne Grup-
41 pen. Selbstverständlich stehen die Flüchtlinge sowie die Migrantinnen und Migranten der
42 ersten, zweiten und dritten Generation im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Hier sehen
43 wir große Herausforderungen, die weiter unserer Anstrengung bedürfen. Wir dürfen den
44 Blick aber nicht allein auf Menschen mit Einwanderungsgeschichte und ihre Herkunft kon-
45 zentrieren, sondern müssen Faktoren wie soziale Unterschiede, Bildungshintergründe und
46 Chancen auf dem Arbeitsmarkt in den Vordergrund stellen. Gerade in einer Zeit, in der die
47 Spaltung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen immer größer zu werden droht,
48 ist eine gelingende Integration für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich.
49 Mit unserer Politik für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir Orientierung in
50 einer unübersichtlichen Welt in unruhigen Zeiten geben und dadurch Verunsicherung und
51 Angst sowie Misstrauen und Abwendung entgegenwirken. Integration ist kein Sonderfor-
52 mat für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern eine Aufgabe im Interesse der ge-
53 samten Gesellschaft. Integration gelingt und nützt allen, wenn sie gesellschaftliche Teil-
54 habe für alle ermöglicht. Sie zielt auf die Verbesserung der rechtlichen, wirtschaftlichen
55 und sozialen Lebenslage aller Menschen in unserem Land. Dazu braucht es einen inklu-
56 siven Arbeitsmarkt, ein inklusives Bildungssystem, verlässliche Strukturen der sozialen
57 Sicherung, gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land sowie ge-
58 gesellschaftliche Strukturen und öffentliche Einrichtungen, die für alle gleichermaßen zu-
59 gänglich sind. Ziel unserer Integrationspolitik ist ein starker gesellschaftlicher Zusammen-
60 halt bei einer wachsenden Bevölkerungsvielfalt. Denn in unserer modernen und vielfälti-
61 gen Gesellschaft ist Zusammenhalt immer auch der Zusammenhalt von unterschiedlichen
62 Menschen. Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält, ist unser
63 Grundgesetz. Dieses gemeinsame Wertefundament ist das verbindliche Regelwerk für das
64 gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Land.

65

66 **Integration durch Sprache und Bildung**

67 Bildung ist für Integration, Teilhabe und Chancengerechtigkeit von zentraler Bedeutung.
68 Praxisnahe Sprach- und Integrationskurse für Geflüchtete und Einwander*innen müssen
69 deshalb weiter ausgebaut werden, damit Integration vom ersten Tag an beginnen kann.

70 Der Zugang muss einfacher und schneller möglich sein und die Teilnahme muss ermöglicht
71 und eingefordert werden. Das übergeordnete Ziel unserer bildungspolitischen Reformen
72 in Baden-Württemberg war und ist es, für alle Menschen in unserem Land den Bildungs-
73 erfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Hierbei kommt es auf den Anfang an. Mit
74 qualitätsvoller frühkindlicher Bildung mit individueller Förderung der Sprachentwicklung
75 sowie der Stärkung der Grundschulen legen wir die Grundlagen für erfolgreiches Lernen.
76 Der Ausbau der Ganztagschulen im Grundschulbereich hilft vor allem in seiner rhythmisierten
77 Form dabei, Kinder in der weiteren Entwicklung ihrer Sprachkompetenzen, Lern-
78 fähigkeiten und Talente zu unterstützen. Das schafft mehr Bildungsgerechtigkeit für alle
79 Kinder und dient gleichzeitig der Integration von Eingewanderten. Die Grundschulen legen
80 wichtige Grundlagen für den späteren Bildungserfolg der Kinder, denn hier wird Vielfalt
81 besonders gelebt. Deshalb bauen wir die Studentafel für Deutsch und Mathematik aus
82 und wollen erreichen, dass die Grundschulen mit zusätzlichen Poolstunden die individuel-
83 le Förderung erweitern können. Wir unterstützen das Personal an Kitas und Schulen beim
84 erfolgreichen Umgang mit der wachsenden Heterogenität der Schüler*innen. Das erforder-
85 t eine gute personelle Ausstattung ebenso wie eine verstärkt fachliche Ausrichtung
86 der Ausbildung, die Unterstützung der Schulleiter*innen sowie kontinuierliche praxisnahe
87 Fortbildungsangebote. Für diese Aufgabe brauchen wir ausreichend Lehrpersonal, das die
88 Herausforderungen engagiert annimmt. Deshalb werden wir gute und sichere Rahmenbe-
89 dingungen bieten. Die von der grün-geführten Landesregierung begonnene grundlegende
90 Überprüfung der Fortbildung halten wir für einen wichtigen Schritt. Darüber hinaus ist uns
91 wichtig, dass es in Baden-Württemberg an allen Schularten Vorbereitungsklassen für zu-
92 gewanderte Kinder gibt. Die Beruflichen Schulen leisten durch ihre Erfahrung im Umgang
93 mit Heterogenität und ihre vielfältigen Bildungsgänge einen herausragenden Beitrag zur
94 Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Besonders hilfreich sind dabei für
95 Flüchtlinge und Einwander*innen die VABO-Klassen und der neue Bildungsgang AV-Dual
96 mit ihrer Anbindung an die Betriebe. Die Erprobung des AV-Dual im Rahmen der Neuord-
97 nung des Übergangs von Schule und Beruf zeigt, dass damit deutlich bessere Ergebnisse
98 erzielt werden können als beim direkten Übergang in die Ausbildung. Beide Maßnahmen
99 schaffen gute Voraussetzungen für einen gelingenden Übergang in ein Ausbildungsver-
100 hältnis. Alle Schularten sind gefordert, die gesellschaftliche Vielfalt zu leben, auf dieser
101 Basis ihre Pädagogik aufzubauen und ihr Schulleben zu gestalten. Wichtige Impulse kön-
102 nen hier die Gemeinschaftsschulen geben, deren pädagogischen Konzepte konkret mit
103 Blick auf den Umgang mit Vielfalt, unterschiedlichen Lernniveaus und individueller För-
104 derung entwickelt wurden. Auf diese Weise entwickeln Kinder alle wichtigen fachlichen
105 und sozialen Kompetenzen, die ihnen in ihrem späteren Leben weiterhelfen.

106

107 **Ein modernes Einwanderungsrecht für ein modernes Einwanderungsland**

108 Ein modernes Einwanderungsland wie Deutschland braucht ein modernes Einwande-
109 rungsgesetz. Nicht nur mit Blick auf die demografische Entwicklung und den Fachkräf-
110 temangel sind wir in Deutschland und in Baden-Württemberg auf Einwanderung ange-
111 wiesen. Die aktuellen Regelungen im Einwanderungsrecht sind zu kompliziert, zu unüber-
112 sichtlich und erschweren Einwanderung. Wir Grüne haben deshalb einen Gesetzentwurf
113 in den Bundestag eingebracht, um das Einwanderungsrecht zu liberalisieren und zu ent-
114 bürokratisieren, ohne die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern zu gefährden. Das

115 Ziel ist es, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in Deutschland zu decken. Gerade in
116 technisch-naturwissenschaftlichen Berufen oder im Pflegebereich ist der Fachkräftemangel
117 auch im Südwesten längst Realität. Damit der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg
118 auch in Zukunft erfolgreich bleibt, sind wir auf die Potenziale aller hier lebenden Menschen
119 und die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte angewiesen. Viele qualifizierte Einwanderer
120 konnten bisher nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt
121 wurden. Mit dem Landesanererkennungsgesetz hat die grün-geführte Landesregierung die
122 Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen in Baden-Württemberg erleichtert und
123 einen Beratungsanspruch geschaffen. Auch Menschen aus dem Ausland, die sich hier bei uns
124 beruflich nach- oder weiterqualifizieren wollen, werden wir bestmöglich unterstützen.
125 Mit einem Einwanderungsgesetz wollen wir auch Asylsuchenden und Geduldeten einen
126 aufenthaltsrechtlichen „Spurwechsel“ in den deutschen Arbeitsmarkt ermöglichen, wenn
127 sie über die berufliche Eignung dafür verfügen. Viele Flüchtlinge bringen Talente und
128 berufliche Qualifikationen mit, die wir in unserem Land dringend brauchen. Mit einem
129 Einwanderungsgesetz wollen wir ihnen schnell eine berufliche Chance in Deutschland eröffnen.
130 So gestalten wir Zukunft, stärken unsere Wirtschaft und bieten Menschen Perspektiven.
131

132

133 **Integration in die Arbeitswelt**

134 Arbeit ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben und ein echter Integrationsmotor. Die
135 Wirtschaft in Baden-Württemberg brummt und die Arbeitslosenquote ist eine der niedrigsten
136 in der Republik. Dennoch ist die Integration von Flüchtlingen kein Selbstläufer. Unser
137 Ziel ist ein fairer Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Menschen. Dies betrifft auch Langzeitarbeitslose,
138 Menschen mit Behinderungen oder Schul- und Studienabbrecher*innen, die wir in ihren
139 spezifischen Problemlagen adäquat unterstützen wollen. Wer Integration voranbringen will,
140 muss unnötige rechtliche und praktische Hürden beseitigen, Zugänge zum Arbeitsmarkt
141 eröffnen und „Zukunftskompetenzen“ in einer digitalen Arbeitswelt 4.0 stärken und weiterentwickeln.
142 Baden-Württemberg hat mit dem Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den
143 Arbeitsmarkt öffnen“ frühzeitig damit begonnen, die schulischen und beruflichen Qualifikationen
144 sowie die Sprachkompetenzen der Flüchtlinge zu erheben, um diese gezielt im Sinne der
145 Arbeitsmarktintegration einzusetzen. Ziel ist der schnelle und unkomplizierte Zugang zu
146 Praktika, Ausbildung und Beschäftigung. Die sog. „3+2-Regelung“ soll geduldeten
147 Flüchtlingen die Sicherheit bieten, eine Ausbildung zu Ende bringen und anschließend
148 einer Beschäftigung nachgehen zu können. Diese Rechts- und Planungssicherheit sind wir
149 den Auszubildenden und den Ausbildungsbetrieben schuldig. Allerdings greift die bisherige
150 Regelung zu kurz: Wir machen uns deshalb dafür stark, dass sie ausgeweitet wird auf
151 Menschen, die lediglich eine einjährige Ausbildung beispielsweise zur Pflegehelferin
152 machen oder die vor ihrer Berufsausbildung eine Einstiegsqualifizierung absolvieren
153 müssen. Überdies treten wir dafür ein, folgenden Grundsatz umfassend zu verwirklichen:
154 Wer in schulischer, betrieblicher oder überbetrieblicher Ausbildung oder in Arbeit ist,
155 darf nicht abgeschoben werden. So stärken wir Integration durch Bildung, Ausbildung
156 und Arbeit und unterstützen alle Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung
157 wahrnehmen und in Integration investieren. Das ist ein Gewinn für die Flüchtlinge,
158 für die Wirtschaft und für die ganze Gesellschaft. Darüber hinaus setzen wir uns für
159 eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere

160 Zukunftsperspektive für langjährig geduldete Menschen in Deutschland ein. Wir wollen
161 die Voraufenthaltszeiten für ein Bleiberecht verkürzen und die Altersgrenze für gut inte-
162 grierte Jugendliche und Heranwachsende auf 27 Jahre heraufsetzen.

163

164 **Für eine Kultur der Vielfalt und des Respekts**

165 Es ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft, wenn alle Menschen selbstbestimmt und
166 diskriminierungsfrei leben können. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung
167 – egal ob sie aufgrund der ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung oder wegen
168 des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen und geschlechtlichen Identität eines
169 Menschen erfolgt. Deshalb werden wir in Baden-Württemberg eine Antidiskriminierungs-
170 stelle einrichten und setzen dabei auf den zielführenden Dreiklang aus Prävention, Bera-
171 tung und Vernetzung. Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin Programme und Projekte
172 unterstützen, die sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demo-
173 kratisches Miteinander einsetzen. Mit dem Beitritt zur „Charta der Vielfalt“ hat das Land
174 Baden-Württemberg bekräftigt, dass es eine Kultur der Vielfalt und des Respekts in un-
175 serem Land pflegen und fortentwickeln will – auch in der Landesverwaltung. Ob im Mi-
176 nisterium, im Regierungspräsidium, im Landratsamt oder in einer der zahlreichen anderen
177 nachgeordneten Behörden: Überall zählt die Akzeptanz von Vielfalt, die wir gemeinsam
178 gestalten. Wir unterstützen die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung und wollen
179 mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen. Dazu
180 wollen wir nicht nur die erfolgreiche Imagekampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere –
181 Willkommen im öffentlichen Dienst“ wieder aufgreifen, sondern auch die Kompetenzen
182 im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt fördern. Um die Chancengleichheit auf dem
183 Arbeitsmarkt zu erhöhen werden wir an das erfolgreiche Modellprojekt „Anonymisierte
184 Bewerbungsverfahren“ anknüpfen und dafür werben, dass dieses innovative Instrument
185 der Personalgewinnung künftig noch größere Verbreitung in Verwaltungen und Unterneh-
186 men in Baden-Württemberg findet. Weil wir Integration durch Teilhabe und Verantwortung
187 stärken wollen, werden wir mit Nachdruck daran arbeiten, dass Migrant*innen besser und
188 umfassender als bisher an bürgerschaftlichen und politischen Prozessen und Entschei-
189 dungen partizipieren können – gerade auch dann, wenn sie keine deutsche oder europäische
190 Staatsangehörigkeit besitzen. Dabei ist uns nicht nur die Möglichkeit zur Mitwirkung in
191 den kommunalen Migrant*innenvertretungen und anderen politischen Gremien wichtig, son-
192 dern insbesondere auch die Präsenz von Migrant*innen in den Kommunalparlamenten.
193 Wir treten deshalb weiter für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger*innen
194 ein.

195

196 **Integration auf dem Wohnungsmarkt**

197 Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis für alle Menschen. Die Frage nach gutem und
198 bezahlbarem Wohnen stellt sich nicht nur im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage.
199 Familien, Studierende, Flüchtlinge und Menschen mit geringem Einkommen und mit Han-
200 dicaps sind gleichermaßen auf bezahlbare Wohnungen angewiesen. Unsere Städte und
201 Gemeinden müssen all die Menschen integrieren, die dort ein Zuhause suchen.

202 Integration beginnt immer vor Ort im Stadtviertel oder Wohngebiet. Wir setzen auf in-
203 tegrative Viertel und lebendige Quartiere mit einer sozialen Durchmischung und einem
204 guten nachbarschaftlichen Miteinander. Wir wollen keine Stadtviertel der Armen und Aus-
205 gegrenzten, Flüchtlingsghettos auf der grünen Wiese oder Verdrängung zugunsten Wohl-
206 habender. Deshalb müssen wir Wohnungen bauen, die für alle bezahlbar sind. In Baden-
207 Württemberg haben wir die Wohnraumförderung mit dem neuen Programm "Wohnungs-
208 bau BW" kräftig ausgebaut und den Schwerpunkt auf die Schaffung von neuen sozial ge-
209 bundenen Mietwohnungen gelegt. Auch hier handeln wir integrativ: Geflüchtete mit Blei-
210 beperspektive haben nun die Möglichkeit, eine vom Land geförderte soziale Mietwohnung
211 zu beziehen. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau im Interesse aller Menschen in Baden-
212 Württemberg weiter ausbauen. Im Bund setzen wir Grüne auf die Wiedereinführung der
213 Wohnungsgemeinnützigkeit und eine funktionierende Mietpreisbremse. Wir wollen ge-
214 meinwohlorientierte Akteure wie Genossenschaften, Baugruppen und kommunale Woh-
215 nungsunternehmen stärken. Gleichzeitig stellen wir eine steuerliche Förderung für Privat-
216 vermietende bereit, wenn sie ihre Wohnungen mit Sozialbindung vermieten. Nach dem
217 Prinzip: „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ können wir mit der Neuen Wohnungs-
218 gemeinnützigkeit in den kommenden Jahren sehr viele dauerhaft bezahlbare Wohnungen
219 schaffen. Denn wir sind überzeugt, dass gesellschaftlicher Mehrwert immer noch die beste
220 Rendite ist

221

222 **Integration findet vor Ort statt**

223 Integration findet vor Ort statt, wo sich Menschen begegnen – in Kindertageseinrichtun-
224 gen, Schulen, Vereinen, Nachbarschaften und am Arbeitsplatz. Deshalb sind Kommunen
225 der entscheidende Ort für gelingende Integration. Je früher die Integration dort ansetzt,
226 desto besser gelingt das spätere Zusammenleben. Unser Ziel ist es, die kommunale Inte-
227 grationsförderung weiterzuentwickeln und die kommunalen Strukturen der Integration zu
228 stärken. Mit dem Pakt für Integration stellt das Land den Kommunen in diesem und im
229 kommenden Jahr dafür insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung: Mit 180 Millionen
230 Euro werden die Kommunen bei den Kosten für die Anschlussunterbringung der Flücht-
231 linge entlastet. Weitere 140 Millionen Euro fließen in konkrete Integrationsmaßnahmen
232 vor Ort. Kernstück ist dabei ein Konzept für ein flächendeckendes und strukturiertes In-
233 tegrationsmanagement, mit dem Baden-Württemberg bundesweit Standards setzt. Rund
234 1000 Integrationsmanagerinnen und Integrationsmager in den Städten und Gemeinden
235 von Baden-Württemberg werden die Flüchtlinge in den kommenden beiden Jahren bei ih-
236 rem Weg in die Mitte unserer Gesellschaft begleiten, beraten und unterstützen. Besonders
237 wichtig ist es uns dabei auch, das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in der Flücht-
238 lingshilfe und in der Integrationsarbeit zu unterstützen, zu vernetzen und zu koordinieren.
239 Gerade in diesen Zeiten wird deutlich, wie wichtig ein selbstbewusstes Engagement der
240 Zivilgesellschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration aller Men-
241 schen ist. Die Vielfalt der Integrationsprojekte, die von lokalen Bündnisse in der Stadt und
242 auf dem Land umgesetzt werden, ist enorm: Egal, ob es dabei um interkulturelle Koch-
243 abende oder interreligiöse Begegnungshäuser, internationale Fußballmannschaften oder
244 multikulturelle Theatergruppen geht – hier entstehen Orte der Begegnungen und der Inte-
245 gration. Nur wenn sich weiter Menschen ehrenamtlich mit ihrer Zeit, ihrer Kraft und ihrem
246 Engagement in Initiativen, Vereinen, Gruppen und Bündnissen für ein gutes Miteinander

²⁴⁷ einsetzen, werden wir Integration zum Erfolg machen und damit den gesellschaftlichen
²⁴⁸ Zusammenhalt stärken.

Begründung

erfolgt mündlich

Antragsteller*innen

Landesvorstand